

Kommentar zur Konjunktur: Industrie trägt die Erholung, Energiepreise dämpfen die Kaufkraft

WIFO-Direktor Gabriel Felbermayrs Statement zur Herbstprognose 2026 im Wortlaut

Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) präsentierte am Donnerstag, den 14. Oktober 2026 um 10:00 Uhr seine Konjunkturprognose für 2026 und 2027 im Rahmen einer Pressekonferenz. Gabriel Felbermayrs Eröffnungsstatement wird hier im Wortlaut veröffentlicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, guten Morgen!

Die österreichische Volkswirtschaft wächst heuer preisbereinigt um rund 0,9%. Diesen Wert hält das WIFO seit der März-Prognose unverändert. Das freut den Prognostiker. Einerseits. Andererseits aber: In anderen Ländern, allen voran in Deutschland, wurden die Prognosen allerdings nach oben revidiert – in Österreich nicht. Deshalb fallen wir beim Wachstum heuer wieder hinter den Euro-Raum zurück. Für nächstes Jahr erwarten wir ein reales BIP-Wachstum von 1,3%. Das ist etwas mehr als bisher gedacht und dann auch leicht über dem Durchschnitt des Euro-Raumes.

Heute präsentieren wir auch die neue **mittelfristigen Prognose**, darum ist Josef Baumgartner bei mir. Diese zeigt, dass sich die Erholung 2028 auf 1,5% beschleunigt. Danach gehen die Wachstumsraten allmählich wieder in Richtung 1% zurück. Die Prognoseunsicherheit bleibt aber sehr hoch.

Treiber der Erholung ist die **Industrie**. Ihre reale Bruttowertschöpfung wächst heuer um 2,3%, und auch nächstes Jahr dürfte das Wachstum mit 1,7% deutlich positiv bleiben. 2027 sollte nach drei Jahren des Rückgangs auch die Industriebeschäftigung wieder leicht wachsen. Grund für die bessere Lage ist der KI-Boom: Er belebt den Welthandel überraschend stark, und davon profitieren auch unsere Exporte. Die Frühindikatoren zeigen eine deutlich bessere Auftragslage und eine bessere Stimmung. Deshalb tragen auch die Ausrüstungsinvestitionen weiterhin positiv zum Wachstum bei. Ein Wermutstropfen aber: Die Outputpreise der Industrie steigen deutlich langsamer als der heimische Verbraucherpreisindex. Das ist eine Herausforderung für die Lohnpolitik.

Ganz allgemein verstellt das BIP-Wachstum den Blick auf die größte aktuelle Belastung: die weiterhin sehr hohen **Importpreise für Energie**. Der sogenannte BIP-Deflator, mit dem das nominelle BIP preisbereinigt wird, enthält nämlich keine Importpreise. Diese treiben aber die Inflation weiter an: Der Preis für ein Fass der Erdsorte Brent ist von etwas über 60 \$ zu Weihnachten 2025 wieder auf aktuell 106 \$ gestiegen. Die Notierungen für Treibstoffe haben noch stärker ange-

zogen, und der Gaspreis hat sich innerhalb der letzten 12 Monate fast verdreifacht. Das ist krass. Gleichzeitig hat der Euro vor dem Hintergrund der französischen Staatsschuldenkrise abgewertet, auf mittlerweile 1,12 \$. Auch das treibt die Importpreise. Bewertet man das BIP zu den Preisen der im Inland verbrauchten Güter, sieht die Entwicklung nicht gut aus: Der Realwert des BIP pro Kopf schrumpft 2026 sogar leicht. **Österreich produziert zwar mehr, kann sich aber wegen der hohen Importpreise dennoch weniger leisten.**

Das zeigt sich auch sehr deutlich bei den Reallöhnen. Der durchschnittliche Bruttolohn steigt nominell zwar um 2,4%, wegen der hohen Inflation sinkt der Reallohn aber um 0,9%. Und weil die Steuerbelastung steigt – u. a., weil die kalte Progression nur teilweise ausgeglichen wird –, **fallen die realen Nettolöhne sogar um 1,5%.** Das ist heftig. 2025 waren sie stagniert. Und 2027 dürften sie trotz stärkeren Lohnwachstums noch einmal leicht sinken, weil Steuern und Abgaben weiter steigen. Inflation und Budgetkonsolidierung fordern einen hohen Tribut von den Menschen im Land. Angesichts dieser Entwicklung ist es richtig, dass die Bundesregierung die Inflationsbekämpfung ernst nimmt. Verschiedene Maßnahmen wie der Dämpfung der Mietsteigerungen bei Richtwert- und Genossenschaftsmieten, der temporären Senkung der Elektrizitätsabgabe und der Öko-Stromförderbeiträge und der Sozialtarif für Strom, die Halbierung der Mehrwertsteuer (MwSt.) auf ausgewählte Grundnahrungsmittel sowie der Spritpreisbremse senken die Inflation 2026 um 0,3 bis 0,4 Prozentpunkte und 2027 um etwa 0,15 Prozentpunkte.

Gleichzeitig ist es mit Blick auf die realen Nettolöhne höchst bedenklich, dass das Budget vor allem über höhere Steuern saniert wird.

Auf dem Arbeitsmarkt bleibt die Lage schwierig. **Die Arbeitslosenquote wird heuer 7,6% betragen bzw. etwa 330.000 Personen im Jahresmittel.** In den nächsten Jahren sinkt sie nur langsam, parallel zur schrumpfenden Erwerbsbevölkerung.

Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass der Konsum kaum wächst. Die realen Konsumausgaben steigen heuer nur um 0,4%, im nächsten Jahr um 0,5%. **Ohne Bevölkerungswachstum würde der private Konsum sogar stagnieren.** Der staatliche Konsum wächst dagegen etwa doppelt so schnell wie der private.

Dennoch: Der Wachstumsbeitrag des Staates nimmt in den nächsten Jahren leicht ab, während Investitionen und Außenbeitrag wieder mehr Wachstum liefern. Laut mittelfristiger Prognose liegt zehn Jahre nach dem Beginn der Polykrisen das reale BIP um etwa 8,5% über dem Wert von 2019. Über die Dekade gerechnet entspricht das einer durchschnittlichen Wachstumsrate von 0,8% pro Jahr. Pro Kopf ist die Rate nicht einmal halb so hoch. Und gemessen an der Kaufkraft ist das Bild noch düsterer: Der Realwert des BIP wächst im Schnitt gerade einmal um 0,12% pro Jahr – eine schwarze Null. **Das ist die befürchtete "Lost Decade".**

Neben den Energiepreisen, die deutlich länger sehr hoch bleiben, hinterlässt eine zweite ungünstige Entwicklung Spuren in der Prognose: **Die Anleihezinsen sind über den Sommer schneller und stärker gestiegen als erwartet.** Dazu tragen drei Faktoren bei: die weltweit weiter rasant steigende Staatsverschuldung, die hohe Nachfrage nach Fremdkapital für den KI-Boom in vielen Ländern und die Bilanzverkürzungen der Zentralbanken. Diese Entwicklung belastet die Investitionen der Unternehmen, sie bremst aber auch die **Baukonjunktur.**

Die reale Bruttowertschöpfung in der Bauwirtschaft dürfte heuer um fast ein Viertel unter dem Wert von 2018 liegen. Das ist eine verheerende Bilanz, und im Wohnbau sieht sie noch schlimmer aus. Nach der Industriestrategie braucht es jetzt dringend eine **Baustategie**, um den Kapazitätsabbau zu stoppen und das Wohnungsangebot zu modernisieren und auszuweiten. Im Juni haben wir dazu einige Vorschläge gemacht, hier noch einmal in aller Kürze: Erstens sollten Altbauten, die auf Neubauniveau saniert werden, mietrechtlich wie Neubauten behandelt werden. Das könnte einen Sanierungsboom auslösen. Zweitens sollte man in Zeiten hoher Zinsen die Kreditvergabe der Banken nicht zusätzlich durch strengere Regulierung erschweren. Und drittens braucht es Vehikel, um die Bauinvestitionen von Ländern und Gemeinden trotz Sparbudgets zu stützen.

Die höheren Zinsen belasten außerdem die **Budgetsanierung**. In den nächsten Jahren müssen jährlich mehr als 30 Mrd. € an Staatsschulden refinanziert werden. Das und die weiterhin hohe Neuverschuldung lassen die Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte stark steigen. 2022 lag der Zinsdienst bei 0,9% des BIP. Schon 2027 wird er die 2%-Marke überschreiten, 2031 wird er bei 2,5% liegen. Um dann eine Neuverschuldung unter 3% des BIP zu erreichen, müsste das Primärdefizit – also die Neuverschuldung ohne Zinsdienst – auf höchstens 0,5% des BIP sinken. 2026 liegt es allerdings noch bei 2,3%. Mit anderen Worten: **Der Konsolidierungsbedarf bleibt groß. In Preisen von 2026 beträgt er etwas über 9 Mrd. €** – der Löwenanteil davon wegen der höheren Zinsen.

Für heuer erwarten wir eine Neuverschuldung von 4,0% des BIP. Mit dem Doppelbudget sinkt sie 2027 auf 3,8%, 2028 steigt sie aber wieder auf 4,2%. **Die weitere Entwicklung stellt sich nicht besser dar, wie Josef Baumgartner gleich noch ausführen wird.** Die aktuellen Entwicklungen in Frankreich zeigen, wie akut der Handlungsbedarf ist. Sonst droht ein Vertrauensverlust bei den Gläubigern und damit eine noch höhere Zinslast. Bei einer Staatseinnahmenquote von 50,4% heuer und im nächsten Jahr führt an einer Konsolidierung mit Schwerpunkt auf der Ausgaben-seite kein Weg vorbei. Die steigenden Zinsen erzwingen zusätzliche Sparanstrengungen.

Die **Treibhausgasemissionen** sind 2025 leicht gestiegen, heuer sinken sie geringfügig um 0,6%. Dass der Rückgang so schwach ausfällt, hängt mit dem Niedrigwasser in den Flüssen und dem relativ langen, kalten Winter in der ersten Jahreshälfte zusammen. 2027 erwarten wir einen stärkeren Rückgang um 3,1%. Bis 2030 senkt der Umbau der Stahlproduktion die Emissionen in Österreich um rund 5%. Insgesamt ist es aber höchst unwahrscheinlich, dass Österreich sein Netto-Null-Ziel 2040 erreicht. 2031 betragen die Treibhausgasemissionen 56,8 Mio. t CO₂-Äquivalente. Das ist um 69% mehr, als ein linearer Reduktionspfad ab 2020 vorsehen würde.

Die **Ungleichheit**, gemessen an der Armutsgefährdungsquote, ist über die verschiedenen Krisen hinweg gestiegen. Sie liegt weiterhin bei knapp 16% und damit etwa 1,5 Prozentpunkte über dem Vorkrisendurchschnitt. Das Einkommensquintilverhältnis ist dagegen relativ unauffällig und schwankt nur leicht um den langjährigen Mittelwert von 4,2. Das heißt: Das reichste Fünftel hat zusammen gut viermal so viel Einkommen wie das ärmste Fünftel.

Nun weiter zur mittelfristigen Perspektive mit Josef Baumgartner.

Aufbauend auf die Konjunkturprognose 2026/27 haben wir mit einer modellgestützten Expert:innenprognose den Ausblick bis 2031 erweitert.

Im Zeitraum 2026/2031 wird das Potenzialwachstum jährlich 1% betragen. Im Vergleich dazu beträgt die Potenzialwachstumsschätzung für Deutschland laut der kürzlich veröffentlichten Gemeinschaftsdiagnose lediglich ½% p. a. Der Unterschied ist vor allem auf das Arbeitsvolumen zurückzuführen, das in Österreich im gesamten Prognosezeitraum – trotz einer schrumpfenden Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter – noch mit rund ½% pro Jahr zunimmt, während es in Deutschland bereits seit dem Jahr 2025 zurückgeht (–¼% p. a.).

Hier wirken sich in Österreich die Reformen wie die Anhebung des Frauenpensionsalters und die spätere Eintrittsmöglichkeit in die Korridor pension aus. Neben dieser zunehmenden Erwerbsbeteiligung von Älteren gehen wir auch von einer weiterhin zunehmenden Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften aus. Darüber hinaus wird auch eine merkliche Reduktion der Arbeitslosigkeit prognostiziert, die diesen Beschäftigungsanstieg ermöglicht. Die Arbeitslosenquote wird von 7,6% im heurigen Jahr bis 2031 auf 5,8% zurückgehen. Neben der Ausweitung der Wirtschaftsleistung trägt dazu auch der demografische Wandel bei, da mehr Erwerbstätige altersbedingt ausscheiden als Neueintretende hinzukommen. Damit die Aktivierung von Personen in Arbeitslosigkeit auch gelingt, muss sichergestellt werden, dass die entsprechenden Qualifizierungsmaßnahmen des AMS auch finanziert werden.

Die Wachstumsaussichten werden weiterhin von strukturellen Faktoren beschränkt. Trotz der Verbesserungen 2025/26 bleiben das vergleichsweise hohe Preisniveau für Energie und die relativen Lohnstückkosten sowie die zunehmende Konkurrenz aus Asien und die Schwierigkeiten im Außenhandel mit den USA Wachstumshemmer.

Bezüglich der Einkommensentwicklung erwarten wir für 2028/29 nach den niedrigen Reallohnsteigerungen bzw. Reallohnverlusten 2025/2027 einen merklich stärkeren Zuwachs, der 2028 vom privaten Sektor und 2029 vom öffentlichen Sektor getragen werden dürfte.

Der Preisauftrieb wird von heuer 3,3% erst ab der zweiten Jahreshälfte 2028 den 2%-Zielwert der EZB erreichen und in der Folgeperiode dort verbleiben.

Das Budgetdefizit der öffentlichen Haushalte in Relation zum nominellen BIP liegt im gesamten Prognosezeitraum mit durchschnittlich 4,1% deutlich über dem 3%-Ziel. Die Staatsverschuldung würde mit 89% des nominellen BIP 2031 einen neuen Höchstwert erreichen.

Diese Einschätzung ergibt sich zum einen aus der No-Policy-Change-Annahme und zum anderen aus dem durch die höheren langfristigen Zinssätze für Bundesanleihen deutlich höheren Zinsendienst. Wie schon von Prof. Felbermayr angemerkt, steigt der Zinsendienst des Gesamtstaates bis zum Jahr 2031 auf 2,5% des nominellen BIP (15,7 Mrd. € – mehr als doppelt so groß wie noch 2024).

Das bedeutet, dass zur Erreichung des 3%-Ziels (oder darunter) ab 2029 weitere nachhaltige Konsolidierungsschritte im Umfang von über 1% des BIP erforderlich werden.

Wien, am 14. Oktober 2026

Begleitende Präsentationsunterlagen, die das Presse-Statement von WIFO-Direktor Gabriel Felbermayr veranschaulichen, stehen Ihnen [hier](#) zum Download zur Verfügung.